

Editorial

Die französischen Wählerinnen und Wähler haben mit ihrer hohen Wahlbeteiligung, mit der Konzentration der Stimmen auf die politische Mitte und mit der Absage an die noch 2002 relativ erfolgreichen extremen Rechts- und Linksparteien ein eindrucksvolles Bekenntnis zur demokratischen Ordnung ihres Landes abgelegt (siehe den „Kommentar“ von Medard Ritzenhofen). In der Stichwahl schließlich erteilten sie dem neu gewählten Staatspräsidenten ein klares Mandat für eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Reform des Landes, deren Ausrichtung hier von Henrik Uterwedde analysiert wird. Frankreich hat nun also endlich wieder einen handlungsfähigen Präsidenten.

Allerdings steht dessen Amtszeit mehr als die seiner Vorgänger im Zeichen nationaler Rückbesinnung. Das Meer der Trikolore-Fahnen bei allen Wahlveranstaltungen und vor allem die beispiellosen Marseillaise-Chöre auch bei den Auftritten der Sozialistin Ségolène Royal haben einen Stimmungswandel sichtbar und hörbar gemacht: Große Teile der Bevölkerung glauben offenbar nicht mehr, dass die bisher verfolgte Europapolitik der richtige Weg ist, um die Interessen des Landes erfolgreich zu vertreten. Ein europapolitisch einschneidendes Ereignis, das solche Zweifel zur Gewissheit werden ließ, war die Erfahrung, die Jacques Chirac im Jahre 2003 machen musste. Damals, in der Auseinandersetzung mit den USA über den Irak-Krieg, hatte er Gerhard Schröder im Schlepptau und konnte erwarten, dass er, gestützt auf den deutschen Partner, als Sprecher Europas akzeptiert werden und auf gleicher Augenhöhe wie die USA Weltpolitik machen könnte. Er musste jedoch erkennen, gleich nachdem er beim deutsch-französischen Gipfel im Januar 2003 von den Treppen des Versailler Schlosses herunter seinen Führungsanspruch verkündet hatte, dass dieser Anspruch illusorisch war. Mit seiner USA-Kritik spaltete er Europa, statt es unter seiner Führung zu einigen. Von da an sah sich die französi-

sche Politik wieder mehr auf die eigene Nation zurückgeworfen.

Kein französischer Politiker hat seither die nationale Karte auch rhetorisch so offen gespielt wie Sarkozy. Man wird sich daran erinnern, wie er alles getan hat, einen Einstieg von Siemens bei Alstom zu verhindern, oder wie er die Übernahme des früher deutsch-französischen Unternehmens Aventis durch den kleineren französischen Pharmakonzern Sanofi-Synthelabo betrieben hat. In eine ähnliche Richtung weist heute etwa sein Vorschlag, den Anteil des französischen Staates an EADS zu erhöhen.

Schließlich hat Sarkozy gar eine Art moralische Wiederaufrüstung seines Landes vor allem gegenüber Deutschland propagiert, indem er sich wunderte, dass in einem zivilisierten Land wie Deutschland der Holocaust möglich gewesen ist, während Vergleichbares in Frankreich völlig undenkbar sei. Gleichzeitig warnte er vor Bekundungen der Reue, insbesondere zur „repentance“ angesichts angeblüchler, etwa mit der Kolonialzeit verknüpfter französischer Missetaten.

Gleichwohl wird Sarkozy dazu beitragen, Europa voranzubringen. Zwar wird es mit ihm nur einen „vereinfachten Vertrag“ geben, der nicht Gegenstand eines Referendums sein muss, aber auch sein „vereinfachter Vertrag“ wird, wie hier von Daniela Schwarzer erläutert, zu einer Effizienzsteigerung der europäischen Institutionen führen. Ansonsten sind seine europa- und außenpolitischen Vorstellungen, wie Schwarzer ebenfalls aufzeigt, undeutlich bis beunruhigend. Dass er den deutsch-französischen Bilateralismus als Motor eines Europas der 27 für zu schwach hält, entspricht zwar einer realistischen Einschätzung, aber will er ihn wirklich durch ein Direktorium der „Großen“ ersetzen? Und was verspricht sich Sarkozy von seinen Attacken auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, von seiner Einforderung eines stärker protektionistischen Europas oder von einer Union Méditerranéenne, bei der Frankreich und nicht Europa als Akteur vorgesehen ist (siehe „Das Dokument“)? Auf diese Fragen werden wir wohl erst nach den Parlamentswahlen im Juni klarere Antworten erwarten dürfen.

Johannes Thomas